

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 9. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 02.03.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Susanne Brandenburg	CDU	Vertretung für Frau Claudia Schlottmann
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU	
Herr Peter Groß	CDU	
Herr Thomas Grünendahl	CDU	Vertretung für Herrn Kevin Schneider
Herr Michael Wegmann	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden	

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Anja Franke	Stadt Hilden
Kämmerin und Beigeordnete	
Herr Torsten Schlüter	Stadt Hilden
Beratungs- und Prüfungsamt	
Herr Michael Witek	Stadt Hilden
Beratungs- und Prüfungsamt	
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Anke Maurer	Stadt Hilden
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Rudolf Joseph	FDP
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Kevin Peter Schneider	CDU

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 2.1 Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung
WP 20-25 SV 12/012
- 2.2 Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung - Empfehlung einer einheitlichen Führungsspanne
WP 20-25 SV 12/013
- 3 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2021
WP 20-25 SV 10/028
- 4 Anregungen und Beschwerden
- 5 Anträge
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 7.1 Antrag Allianz für Hilden: Angebot personalisiert signierter Pflastersteine auf einem Fußgängerüberweg oder in der Fußgängerzone

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Bürgermeister Dr. Claus Pommer schlug die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 3 „Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2021“ im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

2.1 Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung

WP 20-25 SV 12/012

Zu Ziffer 1: Vorstellung des Gutachtens

Bürgermeister Dr. Claus Pommer begrüßte die Herren Christoph Rösler und Johannes Waidhaas von PwC (PricewaterhouseCoopers), die im Anschluss die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung der Stadt Hilden vorstellten. (*Anmerkung der Schriftführung: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und Bestandteil der nichtöffentlichen Niederschrift*).

Während und nach der Präsentation erhielten die Gremienmitglieder die Möglichkeit Fragen zur Organisationsuntersuchung zu stellen.

Rm Brandenburg/CDU fragte nach, was in der Untersuchung genau unter einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) verstanden werde und ob eine Unterscheidung zwischen Beamte und Tarifbeschäftigte gemacht wurde.

Herr Rösler von PwC erklärte, dass ein VZÄ einer Vollzeitkapazität entspreche, egal ob Beamter oder Tarifbeschäftigter. Für die Erhebung habe jeder Mitarbeitende eine Excel-Liste erhalten, in der die Zeitanteile im Jahr für die jeweiligen Aufgaben geschätzt wurden. Über die Jahresarbeitszeit wurde sodann ein Wert ermittelt und in ein VZÄ hochgerechnet.

Bürgermeister Dr. Pommer bat um eine Erläuterung der Größen „Ist-VZÄ“, „Soll-VZÄ“, und „VZÄ Stellenplan“.

Herr Rösler von PwC erklärte, dass die Größe „Ist-VZÄ“ einen summarischen Wert darstelle, der sich aus den Erhebungen der Zeitanteile je Aufgabe von den Mitarbeitenden ergeben habe. In der zweiwöchigen Erhebungsphase wurden die Zeitanteile für ein Jahr geschätzt. Betrachtet wurden alle Mitarbeitende, die im letzten Jahr überwiegend da waren (keine Berücksichtigung von Langzeiterkrankten oder Personen in Elternzeit). Der Wert „Soll-VZÄ“ stellt den rein rechnerisch notwendigen Stellenanteil für die Bearbeitung der Aufgaben dar.

Rm Prof. Bommermann/AfD erfragte, wie die Bedarfsmessung für die mögliche Anzahl der Online Termine für das Bürgerbüro erfolgt sei. Herr Rösler von PwC antwortete, dass für die Bemessung die mittleren Bearbeitungszeiten herangezogen worden.

Rm Groß/ CDU erkundigte sich, ob ein Monitoring Prozess im Nachgang angedacht sei. Herr Rösler von PwC antwortete, dass eine Nachsteuerung immer empfohlen werde.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen gab zu Bedenken, dass die Hausmeister im SG Besondere Dienste viele Objekte betreuen und dadurch einen erhöhten Aufwand haben. Die Aufgabe der Grünpflege könne zwar verlagert werden aber dann reduziere sich die Zeit, in der die Hausmeister in den Objekten seien und so leide der Kontakt zu den Bewohnern/innen. Es sollte vielmehr überlegt werden, ob beispielsweise zusätzliche handwerkliche Aufgaben, übernommen werden könnten, um den Einsatz von externen Dienstleistern zu reduzieren. Herr Rösler von PwC bestätigte, dass die Übernahme von Reparaturen eine Möglichkeit wäre. Zur Einsparung von Stellen gebe es aber auch die Möglichkeit, dass die saisonale Grünpflege durch den Zentralen Bauhof übernommen werden könnte.

Rm Groß/CDU fragte, ob die Einsparung von 4-5 Stellen im SG Besondere Dienste tatsächlich realistisch sei. Herr Rösler von PwC erklärte, dass bei einer Veränderung der Asylzahlen und der Anzahl der Objekte aufgrund von aktuellen Entwicklungen natürlich wieder eine neue Bemessung erforderlich sei. Es sei bei der Organisationsuntersuchung eine Aufgabenkritik erfolgt und es wurden Vergleiche zu anderen Kommunen gezogen.

Rm Brandenburg/CDU erkundigte sich, wie mit der überdurchschnittlichen Zahl an Überstunden der Führungskräfte umzugehen sei. Herr Rösler von PwC erklärte, dass die Leitungskräfte von Sachbearbeiter Tätigkeiten entlastet werden müssen und der Anteil der Leitungstätigkeiten wiederum erhöht werden müsse.

Rm Brandenburg/CDU fragte nach, ob die Leistungsbeschreibungen und Aufgabenkataloge in der Verwaltung so vorgefunden wurden, dass darauf nun aufgebaut werden könne oder ob diese erst noch erstellt werden müssen. Herr Rösler von PwC antwortete, dass eine gute Grundlage vorgefunden wurde, die für die Erstellung der Aufgabenkataloge für die Bereiche, die innerhalb der Untersuchung der Bereiche betrachtet wurden, genutzt werden konnte. Die erstellten Aufgabenkataloge können nun zukünftig als Grundlage für die Erstellung weiterer Aufgabenkataloge genutzt und fortgeschrieben werden.

Rm Groß/ CDU erklärte, dass sich die Ergebnisse der Arbeit durch die Optimierung von Prozessen widerspiegeln müssen. Er sehe derzeit nur eine Spirale nach oben und steigende Kosten. Herr Rösler von PwC erklärte, dass die Aufgaben der Verwaltung in den letzten Jahren, u.a. auch durch die Verlagerung von Aufgaben vom Land und Bund, immer mehr geworden seien. Bei dem überwiegenden Teil der Aufgaben handele es sich um Pflichtaufgaben aber auch hier müsse sich die Frage gestellt werden, welcher Standard zur Erfüllung gesetzt werden soll. Durch eine Etablierung eines Prozessmanagements, indem beispielsweise Stellschrauben für Standardsetzungen gesetzt werden könnten, können Einsparungspotentiale aufgedeckt werden.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich, wie viel noch erreicht werden könnte, wenn Schnittstellen zwischen Bereichen und Ämtern durch Umorganisationen optimiert werden würden, beispielsweise im Bereich Kita und Schulen.

Herr Rösler von PwC antwortete, dass durch die Schaffung von Schnittstellen sicherlich noch einiges erreicht werden könnte und betonte, den positiven Effekt einer Nutzerzentrierung auch für die Bürger/innen, wenn es einheitliche Ansprechpartner in der Verwaltung gebe.

Im Anschluss bedankte sich Bürgermeister Dr. Pommer bei den beiden Mitarbeitern von PwC und verabschiedete sie.

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages (Auftrag an das Team Organisationsangelegenheiten):

Rm Stöter/SPD fragte, inwiefern geplant sei die Stabstelle Strategische Organisationsentwicklung bei dem weiteren Umsetzungsprozess einzubinden. Er betonte jedoch zugleich, dass er es für sinnvoll halte, dass das Team Orga eine zentrale Rolle einnehme.

Frau Maurer, Leiterin des Teams Organisationsangelegenheiten, erklärte, dass die Stabstelle Organisationsentwicklung übergreifend für Themen der Gesamtverwaltung zuständig sei. Das Team Orga wiederum sei für das tatsächliche „Doing“ und die Umsetzung, wie beispielsweise die Erstellung neuer Stellenausschreibungen, zuständig. Sie betonte, dass es sich aber um vergleichbare Aufgabenpakete handele und ein Ineinandergreifen und miteinander arbeiten erforderlich sei.

Zu Ziffer 3: Aufhebung der Besetzungssperren

Rm Stöter/SPD beantragte die Vertagung von Ziffer 3 des Beschlussvorschlages - Aufhebung der Besetzungssperren - auf die Sitzung des Hauptausschusses am 30.03.2022. Er begründete den

Antrag damit, dass von der Fraktion noch Zeit benötigt werde, um die Fülle der Informationen der Sitzungsvorlage zu diskutieren.

Rm Reffgen/BA erhob formale Gegenrede und fragte, was mit der Vertagung bezweckt werden soll.

Rm Stöter/SPD erklärte, dass sich die Fraktion noch nicht in der Lage sehe, darüber abzustimmen.

Bürgermeister Dr. Pommer ließ daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen

Beschlussvorschlag:

1. Der Hauptausschuss nimmt das Gutachten zur Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung zur Kenntnis.
2. Der Hauptausschuss beauftragt das Team Organisationsangelegenheiten, die Ergebnisse der Untersuchung schrittweise aufzuarbeiten, entsprechende Veränderungen anzustoßen und darüber im Hauptausschuss zu berichten.
3. Der Hauptausschuss beschließt, die mit Ratsbeschluss vom 14.12.2021 eingerichtete Besetzungssperre der Stellen, die sich aus der Organisationsuntersuchung von pwc ergeben, aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages:

Der Hauptausschuss nahm das Gutachten zur Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung zur Kenntnis.

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages:

Einstimmig beschlossen.

Vertagung von Ziffer 3 des Beschlussvorschlages:

Mehrheitlich beschlossen gegen 3 Nein-Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen und 1-Nein Stimme der BA.

2.2	Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung - Empfehlung einer einheitlichen Führungsspanne	WP 20-25 SV 12/013
-----	--	--------------------

Rm Stöter/SPD stellte folgende zwei Fragen:

- 1.) Ist ein Konzept für Führungsgrundsätze geplant?
- 2.) Ist die Führungsspanne an sich nicht auch Frage der inneren Organisation und fällt damit unter die Hoheit des Bürgermeisters?

Bürgermeister Dr. Pommer sicherte zu, dass die Fragen im Nachgang beantwortet werden.

Rm Groß/CDU stellte einen Ergänzungsantrag der CDU und forderte, dass nicht eine einheitliche Führungsspanne von 1 zu 15 festgelegt werde, sondern jede einzelne Führungsspanne individuell betrachtet werde. Die Empfehlung solle nicht grundsätzlich umgesetzt werden, sondern auf Basis einer individuellen Betrachtung erfolgen.

Frau Maurer, Leiterin des Teams Organisation, erwiderte, dass auch seitens der Verwaltung beabsichtigt sei, die Empfehlung von PwC als Basis zu nehmen. Es sollen auch einzelne Bereiche individuell betrachtet werden aber alles im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung, um eine Vergleichbarkeit der Führungsaufgaben herzustellen und Ungleichbehandlungen zu verhindern.

Rm Münnich/ Bündnis 90/Die Grünen schlug als Kompromiss einen geänderten Beschlussvorschlag vor, über den Bürgermeister Dr. Pommer sodann abstimmen ließ.

Geänderter Beschlussvorschlag vom Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt die Führungsaufgaben und -spanne in ein für die Stadtverwaltung gültiges Konzept umzusetzen, welches dem Hauptausschuss dann zum Beschluss vorgelegt wird. Dem Konzept soll gleichzeitig eine Übersicht der quantitativen Auswirkungen auf den Stellenplan beigefügt werden

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

3 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2021 WP 20-25 SV 10/028

Rm K. Buchner/SPD stellte den Auftrag an die Verwaltung, dass die Aufgaben der Orga zeitnah benannt werden und im Hauptausschuss die Maßnahmen der Orga vorgestellt und Einsparpotentiale beziffert werden. Er begründete dies damit, dass in der Vorlage mitgeteilt wurde, dass die Personalkosten durch organisatorische Entscheidungen beeinflusst werden können.

Rm Brandenburg/CDU und Rm Remih/FDP sprachen sich dagegen aus, da sie es als Doppelbelastung für die Orga zum jetzigen Zeitpunkt ansehen. Zunächst müssen die Vorschläge, die sich aus dem Gutachten ergeben, erst einmal umgesetzt werden, um danach Einsparpotentiale beziffern zu können.

Rm Groß/ CDU klagte über ein Informationsdefizit und bemängelte, dass im Hauptausschuss am 24.11.2021 festgehalten wurde, dass die Mitglieder des Gremiums zukünftig immer über den aktuellen Sachstand der Verwaltungsmodernisierung informiert werden. Es sei wichtig, dass die Politik die Maßnahmen gebündelt und übersichtlich präsentiert bekommen.

Als Kompromiss schlug Rm K. Buchner/SPD vor, dass die Mitglieder des Hauptausschusses in den nächsten Sitzungen wieder von der Verwaltung über den aktuellen Sachstand informiert werden.

Frau Maurer, Leiterin des Teams Organisation, stellte klar, dass die Mitglieder in der letzten regulären Sitzung des Hauptausschusses im Februar mit der Sitzungsvorlage „Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung“ informiert wurden. Da es sich bei der heutigen Sitzung um eine Sonder-sitzung für die Präsentation des Gutachtens der Organisationsuntersuchung handelte, erfolgte in dieser Sitzung keine Mitteilung. In den kommenden Sitzungen werde wieder eine Information zum Sachstand erfolgen.

Der Hauptausschuss nahm den Bericht über den Personalstand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2021 zur Kenntnis.

4 Anregungen und Beschwerden

Keine.

5 Anträge

Keine.

6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Bürgermeister Dr. Pommer berichtete, dass derzeit ein Bus mit 40-50 Waisenkindern aus der Ukraine auf dem Weg nach Hilden sei. Die Stadt Hilden habe ihre Bereitschaft zur Aufnahme erklärt und bereite derzeit eine Unterkunft vor. Die Ankunft werde für Freitag erwartet.

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

7.1 Antrag Allianz für Hilden: Angebot personalisiert signierter Pflastersteine auf einem Fußgängerüberweg oder in der Fußgängerzone

Rm Kalversberg/ Allianz für Hilden verlas folgenden Antrag:

*„Die Allianz für Hilden beantragt, dass die Verwaltung gemeinsam mit der Stadtmarketing GmbH prüft, ob sich ein Verfahren umsetzen ließe, durch das Bürger*innen oder Unternehmen in Hilden individuell signierte Pflastersteine, sog. „Bürgersteine“, sponsern können und welche Standorte dafür in Frage kommen.*

*Ziel soll es sein, dass Bürger*innen gegen Zahlung eines bestimmten Betrages eine Signatur für einen Pflasterstein erwerben können. In Frage kommen aus unserer Sicht der geplante Fußgängerüberweg am Fritz-Gressard-Platz, bereits mit Pflastersteinen versehene Abschnitte der Fußgängerzone oder von Plätzen, bei denen ggf. bauliche Nachbesserungsmaßnahmen anfallen. Ein guter Standort wäre sicherlich auch der Vorplatz der Stadthalle.*

Die Prüfung soll folgende Ergebnisse liefern:

- Welche Abschnitte der Fußgängerzone, Plätze oder geplante baulichen Maßnahmen kommen dafür in Frage?*
- Ließe sich ein solches Sponsoring-Verfahren umsetzen und wo und wie sollte es umworben werden?*
- Ab welchen Sponsoring-Betrag macht so ein Verfahren ggf. Sinn und ab wann könnte ein Sponsoring-Verfahren angeboten werden? (in einigen Kommunen in Bayern wird eine Plakette bspw. für ca. 250,00 € angeboten)*

Begründung:

*In verschiedenen Gemeinden Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens, aber bspw. auch in Duisburg, gibt oder gab es die Möglichkeit für Bürger*innen „Bürgersteine“ zu erwerben. Die Einnahmen, die über die Deckung der Kosten hinausgehen, könnten dann für wohltätige Projekte verwendet werden.*

Durch ein Sponsoring bieten sich gleich mehrere Chancen:

- Bei Instandsetzungs- und Ausbesserungsverfahren könnte ein Teil der anfallenden Kosten durch Sponsoring refinanziert werden*
- Falls der vorige Punkt nicht in Frage kommt, können die Einnahmen für andere, wohltätige Projekte genutzt werden*
- Durch den frei zugänglichen Pflasterstein kann die Verbundenheit der Investoren zu ihrem Wohnort oder Firmensitz gesteigert werden*
- Ab einer bestimmten Anzahl dieser Steine kann eine solche Fläche eine Touristenattraktion darstellen*
- Diese Flächen mit gesponsorten Pflaster- oder Bürgersteinen machen den Fußgänger offener und empfänglicher für die deutlich anders designten Stolpersteine und die Geschichte dahinter.“*

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Leiter Team Bürgermeisterbüro